

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß)
gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksachen 13/8685, 13/9403 –

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Zusammenführung und Neugliederung der Bundeseisenbahnen

**Bericht der Abgeordneten Hans Georg Wagner, Bartholomäus Kalb, Kristin Heyne
und Jürgen Koppelin**

Mit dem Gesetzentwurf ist beabsichtigt, die im Gesetz zur Zusammenführung und Neugliederung der Bundeseisenbahnen vorgesehenen jährlichen Ratenzahlungen für die Tilgung der Altschulden der ehemaligen Bundeseisenbahnen für das Jahr 1998 auszusetzen und in den Jahren 1999 und 2000 von 2,8 Mrd. DM auf 0,3 Mrd. DM herabzusetzen.

Der Gesetzentwurf sieht hierfür eine Änderung des § 16 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes zur Zusammenführung und Neugliederung der Bundeseisenbahnen vor.

Der Gesetzentwurf verursacht keine Kosten für die öffentlichen Haushalte.

Die Finanzplanung des Bundes für die Folgejahre ist entsprechend fortzuschreiben.

Die Koalitionsfraktionen und die Fraktion der SPD hielten den Gesetzentwurf gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS mit der Haushaltslage des Bundes für vereinbar.

Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Ausschuß für Verkehr vorgelegten Beschlußempfehlung.

Bonn, den 10. Dezember 1997

Der Haushaltsausschuß

Helmut Wiczorek (Duisburg)
Vorsitzender

Hans Georg Wagner
Berichterstatter

Bartholomäus Kalb
Berichterstatter

Kristin Heyne
Berichterstatterin

Jürgen Koppelin
Berichterstatter

